

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: - (1930)
Heft: 3

Artikel: Zur Idee der europäischen Zollunion
Autor: A.C.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-760112>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Idee der europäischen Zollunion

von A. C.

Jemand hat einmal gesagt, bei jeder Erfindung sei die Idee das Wenigste, die Hauptsache dagegen deren praktische Durchführung. Eine in vieler Hinsicht zutreffende Behauptung, die manchem in letzter Zeit entstandenen chauvinistischen Prioritätsstreit ein Ende bereiten würde. Ganz Ähnliches könnte man nicht ohne Unrecht von manchen entscheidenden Kulturerrungenschaften behaupten. Die Idee der Völkerverständigung und des ewigen Friedens ist fast so alt wie die denkende Menschheit selbst. Aber wie lange wird diese noch auf die Verwirklichung des Traumes warten müssen? Die Antwort ist die Frage nach dem Mann oder den Männern, die jene Idee zu tatsächlichem Leben erwecken. Wenn daher einer der bedeutendsten Staatsmänner der Gegenwart den Versuch unternimmt, den Zusammenschluß der europäischen Völker praktisch durchzuführen, so wäre es sicher ganz unbillig, ihm den Vorwurf zu machen, daß er nur alte Gedanken in eine neue Form gießen wolle, oder wenn einige Skeptiker sich bemühen, diesen Versuch, mit Rücksicht auf das Alter der bisher noch nicht verwirklichten Idee, in geringschätziger Weise herabzu setzen. Aber auch der voreilige Optimist geht fehl, wenn er in dem Wunsche, die von jenem Staatsmann ins Auge gefaßten Vereinigten Staaten Europas in kurzem geschaffen zu sehen, den vorsichtigen Versuch, es zunächst mit einer Zollunion bewenden zu lassen, als ein Scheitern des Gedankens der politischen Vereinigung der europäischen Staaten ansieht. Offenbar ist sich ein solcher Kritiker der politischen Bedeutung und Tragweite, die einer Zollunion ihrem Wesen nach zugeschrieben werden muß, nicht voll und klar bewußt.

Es ist oft betont worden, daß es zwei Faktoren sind, die die Geschichte gestalten: Ideen und ökonomische Faktoren. Aber wer vermöchte zu sagen, wie oft sich hinter scheinbaren Ideen-Motiven doch eigentlich wirtschaftliche Beweggründe verbergen! Wie dem auch sein möge, sicher ist doch, daß die politische Selbständigkeit jedes Staates so eng mit seiner Fähigkeit, wirtschaftlich in weitem Maße unabhängig zu sein, verbunden ist, daß sich beide kaum trennen lassen. Schon in Friedenszeiten wird ein ökonomisch wesentlich vom Ausland

abhängiges Staatswesen ständig die Gefahr laufen, von wirtschaftlich stärkeren Nachbarn wenn nicht geknechtet zu werden, so doch in der Betätigung seines souveränen Willens häufig in bedenklicher Weise abzuhängen. Aber ganz entscheidend wird diese Frage, wie der letzte Krieg nur zu deutlich gezeigt hat, wenn es zu Waffenkonflikten kommt. Es ist daher nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß jedes Staatswesen, welches seine Unabhängigkeit und Souveränität behaupten will, ein lebenswichtiges Interesse daran hat, seine eigenen Wirtschaftsquellen, unter Umständen auch unter gewissen Opfern, soweit die natürlichen Bedingungen es ihm materiell gestatten, auszubauen, um von andern Ländern für seine Versorgung unabhängig zu werden.

Es scheint, daß man diesen zwangsmäßigen und übrigens offensichtlichen Zusammenhang zwischen dem natürlichen Streben nach Behauptung der staatlichen Souveränität und Individualität und der wirtschaftlichen Selbständigkeit anlässlich der Kritik der protektionistischen Tendenzen gewisser Staaten Europas oft in willkürlicher, vielleicht oft auch unbewußter Weise übersehen hat. Ist doch nicht zu erkennen, daß viele Länder des alten Kontinents auch heute noch mangels einer ungenügenden Industrie nicht in der Lage sind, vorhandene Wirtschaftsquellen auszunützen, und sich so genötigt sehen, das, was sie daheim erzeugen könnten, beim Nachbarn einzukaufen. Aber es ist eine alte, durch vielfältige Erfahrung erhärtete Erkenntnis, daß eine neu zu schaffende Industrie (die begreiflicherweise unter ungünstigeren Verhältnissen arbeitet als die ausländische, sonst würde sie voraussichtlich schon existieren), während der ersten Zeit ihres Entstehens des unter Umständen freilich recht erheblichen Zollschutzes nicht zu entraten vermag, der einen Ausgleich für ihre ungünstigeren Existenzbestimmungen bildet und erst dann abgebaut werden kann, wenn die Eroberung des einheimischen Marktes die ausländische Konkurrenz zum größten Teil ausgeschaltet hat. Auf Zollschutz ganz oder teilweise verzichten, bedeutet somit für ein Land einen Teil seiner wirtschaftlichen und damit unzweifelhaft seiner politischen Selbständigkeit opfern. Und diese logische Feststellung läßt die nicht minder schwerwiegende Frage ganz außer Betracht, welche Rückwirkungen die Ablösung der fehlenden Zolleinnahmen durch solche aus andern direkten oder indirekten fiskalischen Quellen auf die Landeswirtschaft auszuüben geeignet sind.

Es ist daher kaum zu viel gesagt, wenn man behauptet – und die Geschichte bestätigt dies –, daß eine Zollunion nicht nur eine psychologische Vorstufe für jede engere politische Verschmelzung im eigent-

lichen Sinne ist, sondern daß sie geradezu den ersten Akt eines solchen Verschmelzungsprozesses darstellt. Und das Gleiche gilt, in entsprechendem Ausmaße, von jeder Verständigung, die den sich verständigenden Staaten, hinsichtlich ihrer Zollpolitik die Hände in geringerem oder größerem Umfange bindet. Aber durch diese Erkenntnis werden auch zugleich die Schwierigkeiten offenbar, mit denen das Projekt der Bildung einer engeren oder lockereren europäischen Zollunion zu kämpfen haben wird. Auch hier gilt: *Si duo faciunt idem, non est idem.* Denn offenbar bedeutet der freiwillige Verzicht auf die durch den Zollschutz ermöglichte wirtschaftliche Selbständigkeit nicht das gleiche Opfer für jeden Staat; vielmehr wird dieses Opfer um so größer sein, in je größerem Umfang ein Land an sich und mit Rücksicht auf seine Produktionsmöglichkeiten vom Auslande abhängt. Und aus dieser zwingenden Überlegung folgt leider, daß die europäischen Kleinstaaten, deren ökonomische Hörigkeit gegenüber ihren wirtschaftsgewaltigen Nachbarn auf alle Fälle eine sehr weitgehende ist und unter allen Umständen bleiben würde, an die Prüfung der Möglichkeit, jene schöne Idee zu verwirklichen, mit weit mehr Vorsicht und Skepsis herantreten müssen, als die sie umgebenden Großmächte. Gewiß kann man dem entgegenhalten, daß sie aus einer politischen Einigung Europas (die ja schließlich das Endziel alles Strebens in dieser Richtung sein soll) ebenso großen, wenn nicht größeren Nutzen ziehen würden als die Großstaaten. Aber die Frage ist eben, ob jene gewollte oder nur unklar erkannte Vorstufe zu den Vereinigten Staaten von Europa, die europäische Zollunion, nicht dazu angetan wäre, die Kleinstaaten durch Herbeiführung eines wirtschaftlichen Vasallentums auch politisch dermaßen zu schwächen, daß sie Gefahr liefern, bevor jener Traum von den Vereinigten Staaten Europas verwirklicht ist, politisch zunächst einmal von den Großstaaten absorbiert zu werden. Und wenn man diese Frage, wie es scheint, nicht ohne weiteres verneinen kann, so darf man es ihnen nicht verbüeln, wenn sie zunächst einmal sicher sein wollen, daß nicht sie es sind, die ihre Haut zu Markte tragen müssen, um den Einigungswillen aller zu verwirklichen, oder daß sie gar die alleinigen Opfer eines vielleicht am Ende scheiternden Projektes werden, zum alleinigen Nutzen der Großen. Eine solche durchaus begründete vorsichtige Einstellung bedeutet nicht, daß es ihnen an Begeisterung für Fortschritt fehlt, sondern lediglich das natürliche Bestreben nach Erhaltung ihrer Individualität, deren Schmälerung oder gar Verlust auch eine Einbuße für Europa bedeuten würde, denn nur eine glückliche

gegenseitige Ergänzung der Kräfte, die den Staatspersönlichkeiten des alten Kontinents eigen sind, wird ihm zu neuem Leben verhelfen, während eine farblose Verwischung jener Individualitäten, die die Quellen seiner kulturellen Expansionskraft und damit seiner historischen Rolle sind und bleiben, nur seinen Verfall, weil seinen Verzicht auf das ihm Eigenste bedeuten würde.